

„Der Handel macht politisches Wetter“

Die harte Kritik, die das 33. Plenum an der Arbeit der leitenden Funktionäre des Ministeriums für Handel und Versorgung übte, hat die Parteiorganisation dieses Ministeriums alarmiert. Auf einer Tagung des Parteiaktivs nahmen die Genossen kritisch zur Arbeit des Ministeriums und auch der Parteiorganisation Stellung. Sie setzten damit die Auseinandersetzungen fort, die bereits nach dem 32. Plenum in der Parteileitung, in den Abteilungsparteiorganisationen und in einer Gesamtmitgliederversammlung begonnen hatten. Die Genossen bemühten sich vor allem darum, die Quellen der Fehler in der Leitungstätigkeit des Ministeriums aufzudecken, die in den letzten Monaten zu bestimmten Versorgungsschwierigkeiten geführt hatten.

Wie waren diese Fehler entstanden?

Nach dem im Januar dieses Jahres von der Volkskammer verabschiedeten Gesetz über die örtlichen Organe der Staatsmacht wurde den Räten der Bezirke und Kreise eine erhöhte Verantwortung für die bedarfsgerechte Versorgung der Bevölkerung und für die Entwicklung und Festigung des staatlichen und genossenschaftlichen Handels übertragen. Das entsprach den Beschlüssen der Partei zur Erhöhung der Rolle der örtlichen staatlichen Organe. Die Leitung des Ministeriums zog daraus auch die im Prinzip richtige Schlußfolgerung, den Apparat des Ministeriums zu verkleinern und fachlich hochqualifizierte Kader für die Arbeit an der Basis freizustellen.

Die von der Leitung des Ministeriums durchgeführten Maßnahmen wurden jedoch von der Parteiorganisation nicht in der richtigen Weise unterstützt. Die Parteiorganisation duldet, daß sich die Diskussionen nur mit der Zweckmäßigkeit der strukturellen Veränderungen und der personellen Einschränkung dieser oder jener Abteilung beschäftigen, und drang nicht genügend darauf, zu beachten, daß mit der Verringerung des Apparates eine qualitative Verbesserung der Arbeitsweise des Ministeriums einhergehen muß. Die Parteileitung übersah, daß vor allem bei den für die Leitung des Ministeriums verantwortlichen Genossen keine Klarheit darüber herrschte, daß das Ministerium nach wie vor für die Durchführung der Handelspolitik von Partei und Regierung und für die planmäßige Entwicklung des Handels auf allen Gebieten die volle Verantwortung trägt. Die leitenden Genossen des Ministeriums waren sich nicht darüber im klaren, daß die Übertragung größerer Rechte und Pflichten auf die örtlichen Organe auch ihnen eine höhere Verantwortung für die richtige Leitung der Arbeit in den Bezirken und Kreisen auferlegte.

Die unter den leitenden Kadern des Ministeriums auftretende Tendenz, nur die eine Seite der Sache, nämlich die größere Verantwortung der örtlichen Organe für die Fragen der Versorgung, zu sehen, blieb nicht unbemerkt. Unter den verantwortungsbewußten Mitarbeitern erhoben sich warnende Stimmen, die darauf aufmerksam machten, daß durch die ungenügende Hilfe und Anleitung, die den nach geordneten Organen in den Bezirken und Kreisen gewährt wurde, sich eine zunehmende Verschlechterung in bestimmten Positionen der Warenversorgung der Bevölkerung zu entwickeln begann. Die Parteileitung übte jedoch keinen genügenden Einfluß auf die leitenden Genossen aus, dieser Kritik an der unbefriedigenden Leitungstätigkeit Gehör zu schenken.

Das, was die Parteiorganisation versäumte, hier rechtzeitig und parteimäßig für eine Korrektur der falschen Auffassungen in der Leitung des Ministeriums zu kämpfen, geschah in freundschaftlicher und helfender Weise von seiten der Genossen der Staatlichen Plankommission. Diese sprachen in einem Brief an